

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

21 (17.2.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-888080](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-888080)

Blattblätter

für Stadt und Amt Elsfleth



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor- mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Zeit und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einpruchrecht.

Schließfach 17

Vertraut Nr. 90

Nr. 21

Elsfleth, Dienstag, den 17. Februar

1931

Chronik des Tages.

Das Reichskabinett hat nunmehr die Dithilfe-Gesetz- entwürfe verabschiedet und sie den beteiligten Körper- schaften angeleitet. Der Reichsverband der deutschen Industrie tritt in einer Entschließung für die beschleunigte Durchführung der Dithilfe ein. Ministerialrat Griebmeyer wurde vom Reichspräsi- denten zum Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ernannt. Nach Verabschiedung des Justizhaushalts in zweiter Lesung vertagte sich der Reichstag bis Donnerstag. Der am 2. Februar gefällte Vorschlagsbescheid für das Buchdruckergewerbe ist verbindlich erklärt worden. Aus Madrid wird der Rücktritt der spanischen Re- gierung gemeldet. Bei einem Brand in London kamen drei Personen, darunter ein Richter, den Flammen um.

Die Baufinanzierung.

Berlin, 16. Februar. Wenn wir die Lage der gesamten Baufinanzierung für das laufende Jahr überblicken, so kommt man zu der Feststellung, daß eine stärkere Förderung des Wohnungsbaues die großen Schwierigkeiten auf dem Bauplätze und damit auf dem Arbeitsmarkt mildern kann. Die Aussichten auf anderen Gebieten der Bauwirtschaft, des gewerblichen und öffentlichen Baues, sind im Hinblick auf die gesamte Wirtschafts- und Finanzlage wenig zuversichtlich. Schon im vergangenen Jahre sind die gesamten langfristigen Mittel für die Bauwirtschaft um beinahe zwei Milliarden Mark gegenüber den vorhergehenden beiden Jahren zurückgegangen. Während im Jahre 1928 insgesamt 9,1 Milliarden Mark, im Jahre 1929 8,2 Milliarden Mark langfristige Mittel für die gesamte deutsche Bauwirtschaft bereitgestellt wurden, waren es im Jahre 1930 nur rund 6,8 Milliarden Mark. Die schlechte Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden hat auf allen Gebieten eine erhebliche Herabsetzung der zur Verfügung gestellten Mittel gebracht. Für etwa eine Milliarde Mark wurde im vergangenen Jahre weniger für den Bau ausgegeben. Der gewerbliche Bau hat ebenfalls geringere Mittel gebraucht. Statt drei Milliarden Mark im Jahre 1928 sind im vergangenen Jahre nur 2,4 Milliarden Mark für den gewerblichen Bau bereitgestellt worden. Auch der Wohnungsbau hat im vergangenen Jahre eine kleine Herabsetzung der zur Verfügung stehenden Geldmittel erfahren, und zwar wurden 1930 hierfür 2,7 Milliarden Mark gegenüber 2,8 Milliarden Mark im Jahre 1929 aufgebracht.

Wenn man nun die Aussichten der Mittelbeschaffung für das laufende Jahr untersucht, so muß man bei den bekannten Baumaßnahmen sich klar machen, daß eine erhebliche Steigerung der öffentlichen Bauwirtschaft nicht zu erwarten sein wird, vielmehr ist zu hoffen, daß es wenigstens gelingt, sie auf der bisherigen Höhe zu halten. Ebenso wenig ist eine verstärkte Bautätigkeit für Industrie und Handel, also im gewerblichen Bau, zu erwarten, denn die gegenwärtige Wirtschaftslage reizt nicht allzu sehr, langfristige Geldmittel in Industrie und Handelsbauten anzulegen. Bei dem pessimismus, den manche Unternehmerkreise hegen, ist leider schon eher mit einer rückgängigen Bautätigkeit im gewerblichen Bau zu rechnen. Das Institut für Konjunkturforschung glaubt in seinem letzten Wochenbericht sogar an einen Rückgang der langfristigen Investitionen um rund 400 Millionen Mark.

So bleibt bei den ungünstigen Aussichten im gewerblichen und öffentlichen Bau nur noch der Wohnungsbau als derjenige Zweig der Bautätigkeit übrig, der die Ausfälle weitmachen sollte, wenn nicht im laufenden Jahre das Baugewerbe als ein so wichtiges Wirtschaftsgewerbe für das deutsche Wirtschaftsleben betrachtet wird. Das Institut für Konjunkturforschung berechnet die Höhe der langfristigen Investitionen für den Wohnungsbau für 1931 mit 1,9 bis 2,2 Milliarden Mark, gegenüber 2,7 Milliarden Mark im vergangenen Jahre. Also ein Ausfall von rund 500 bis 800 Millionen Mark. Dieser Ausfall kommt in erster Linie durch die bekannte Kürzung der Hauszinsentzerrmittel, da so auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 ein größerer Teil des Aufkommens zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs herangezogen wird. Wenn das Institut für Konjunkturforschung die Höhe der gesamten Hauszinsentzerrmittel auf 500 Millionen Mark (gegenüber 800 bis 900 Millionen in den letzten Jahren) schätzt, so ist diese Schätzung schon sehr optimistisch. Noch optimistischer sind die Schätzungen der von anderer Seite, nämlich von den Bodenredit- anstalten, Sparkassen und Versicherungen zu erwar- tenden Mittel. Bei der Ueberpannung in der Herab- setzung der Ausfälle der zu erfüllenden Wohnungen werden gerade diese Kreise langfristige Geldmittel für

den Wohnungsbau mit größerer Vorliebe hergeben, als sie das für den Bau geräumiger und brauchbarer Wohnungen getan haben.

Die schnelle Abkehr von der bisherigen Finanzierungsweise macht die Finanzierung des Wohnungsbaues sowohl für jede einzelne Wohnung, wie auch für das gesamte Bauprogramm ungemein schwieriger, denn je niedriger die Hauszinsentzerrmittel zu verbilligten Zinsfuß ausfällt, je mehr Mittel vom freien Kapitalmarkt zu den bekann- ten hohen Zins- sätzen mühen bereit gestellt werden. In der Praxis be- deutet die Abkehr vom bisherigen Finanzierungssystem eine erhöhte Beschaffung von Mitteln vom freien Kapitalmarkt, und zwar besonders bei denjenigen Wohnungen, die ohne Hauszinssteuer erhöht werden sollen. Eine einseitige Hypothek von Seiten der Spar- kassen, der Hypothekenbanken oder anderer öffentlicher oder privater Geldgeber wird bis zu 40 v. H., wenn auch oft mit Schwierigkeiten, zu haben sein; ob sich aber der freie Kapitalmarkt selbst bei Zinszuflüssen und unter Bürgschaftstellung der öffentlichen Hand so schnell bereit finden wird, bis zu 90 v. H. des Bau- und Bodenwertes langfristige Gelder herzugeben, das muß leider bezweifelt werden.

Um so mehr ist es nötig, daß die verantwortlichen Stellen bei der ohnehin schon fortgeschrittenen Zeit alles nur Erdenkliche unternehmen, für das laufende Jahr dem Wohnungsbau ausreichende Mittel zuzuführen und damit zugleich auch Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit mildern zu helfen. D. Böhme.

Dithilfegesetz verabschiedet

Vom Reichskabinett. — Sämtliche Vorlagen dem Reichs- rat zugeleitet.

Berlin, 16. Februar.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung der preussischen Staatsminister Dr. Höpfer-Wischoff und Dr. Girtzinger sowie des Vizepräsidenten der Reichsbank Dr. Dreys den Entwurf eines Gesetzes über Hilfs- maßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens, eines Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung sowie eines Gesetzes über die Umwidlung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen. Die Vorlagen werden sofort dem Reichsrat zugeleitet werden.

Der Zweck des Hilfsvertrages für den deutschen Osten ist, durch eine Entschuldungsbefähigung der Landwirtschaft wieder eine gesunde Grundlage zu verschaffen und darüber hinaus durch Kreditgewährung an gewerbliche Betriebe sowie durch Lastensenkung und durch den Bau von Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen die Folgen, die die Verfallmangel des deutschen Ostens durch die Verträge von 1918 nach sich gezogen hat, zu mildern und so den Osten als Bollwerk deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft zu erhalten.

Die Zuteilung der Umschuldungskredite geschieht durch Zusammenwirken der Bank für Industrieobligationen, der Landstellen und örtlicher Darlehensver- bände. Entschuldungsbetriebe können sich in örtlichen Dar- lehensverbänden zusammen schließen, und die Bank kann die Gewährung von Umschuldungskrediten von dem Beitritt des Schuldners zu solchen Darlehensverbänden abhängig machen. Entschuldungsanträge werden dann von den Land- stellen im Zusammenwirken mit der Bank und, soweit Darlehensverbände vorhanden sind, im Zusammenwirken mit diesen geprüft. Wo keine Darlehensverbände bestehen, sollen bei den Landstellen landwirtschaftliche Vertretungen zuge- zogen werden.

Industrie für rasche Hilfe.

Der Reichsverband bejährtet schnelle Durchfüh- rung des Dithilfeprogramms.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie tritt zu einer Erklärung für die schnelle Durchführung des Dithilfe-Programms ein. Er verlangt dabei eine verantwortliche Mitwirkung der Landwirtschaft. Die Industrie stehe auf dem Standpunkt, daß der Groß- grundbesitz auch im Osten seine wirtschaftliche Be- rechtigung hat und daß er deshalb neben einer weiter- gehenden Förderung der Siedlung ebenso erhalten werden müsse wie die kleineren und mittleren Betriebe. In diesen Fragen bestehe völlige Uebereinstimmung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Wenn auch die Industrie wegen der Hilfe für die agrarische Bevölkerungsbildung einen anderen Standpunkt betreffe, dieser solle jedoch abgelehnt, so habe sie doch ungeschadet dieses Gegenstandes auf dem Standpunkt, daß nur eine veränderte, volle Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft die deutsche wirtschaftliche Entwicklung fördern kann. Die Industrie lehne jeden Versuch, einen Keil zwischen Industrie und Landwirtschaft zu treiben, ab, ganz gleich, von welcher Seite er kommt.

Briefwechsel Löbe-Stöhr.

Ueber den Dänen-Entwurf der Nationalsozialisten.

Im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Antrag, die durch den Verzicht der nationalen Disposi- tion auf Teilnahme an den Parlamentsitzungen ein- gesparten Beträge reiflos den Reichspräsidenten unter den ausgetheilten Erwerbslosen zugunsten der Reichspräsi- denten Löbe und dem Abg. Stöhr (Natz) zu ergehen. Das letzte Schriftstück in dieser Reihe bildet ein Brief Stöhr's, in dem es heißt, wenn Präsident Löbe, unter fallender Deckel des Kumpf-Präsidenten, festgesetzt habe, daß vorerst „kein roter Keller“ zur Verfügung stehe, weil die Nationalsozialisten ihre Dänen im vor- aus abgehoben hätten, dann sei das ein Kunstgriff. Der Reichstag müßte wissen, daß nachträglich abgerechnet werde und dabei für die Tage, wo ein Abgeordneter den Verhandlungen ferngeblieben ist, Abzüge gemacht würden.

Hausdurchsuchungen in Bonn.

In Bonn nahm die Polizei nach Zusammenstoßen zwi- schen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Durch- suchung des Parteibüros der Nationalsozialisten vor. „Da- bei wurde“ so heißt es in einer Mitteilung der Polizei, „eine größere Anzahl Briefe gefunden. Unter anderem wurden beschlagnahmt mehrere Karabiner, eine Anzahl Jagdgewehre, eine Pistole, ein Duzend Messer und 400 Schuß ordnungsgemäß verpackte Infanteriemunition. Verschiedene Personen wurden festgenommen. Bis auf einen wurden sie aber wieder entlassen. Dieser hatte im Parteio- fal ein Bett liegen, in dem man einen geladenen Karabi- ner gefunden hatte.“

Gandhis Friedensbedingungen

Ein Resolutionsentwurf des indischen Kongresses.

Der Arbeitsausschuß des indischen Kongresses er- dterte einen von Gandhi vorbereiteten Resolutions- entwurf, in dem die Bedingungen dargelegt werden, un- ter denen der Kongreß zur Aufgabe seiner regierungs- feindlichen Haltung sowie zur weiteren Ausarbeitung der Ergebnisse der englisch-indischen Konferenz bereit sein würde. Gefordert wird:

Allgemeine Amnestie für politische Gefangene, un- verzüglisches Aufheben jeder Unterdrückung, Unter- suchung des Verhaltens der Polizei gegenüber den Zwangsarbeitern in Nord- und Madras, Freilassung der indischen KZ-gefangenen, welche atombombische Geräte und aus- schließlich Stoffe verkaufen, durch das Aufstellen von beschlagnahmten Eigentums und Wiederherstellung aus politischen Gründen entlassener oder sonstwie un- gerechtfertigter Beamter.

Krise in Spanien.

General Berenguer mit seinem Kabinett zurückgetreten.

Madrid, 16. Februar.

Die politische Krise in Spanien, die sich in den letzten Tagen zusehends verschärfte — kennzeichnend für den Ernst der Lage waren die an der Pariser Börse aus- laufenden Gerüchte von der Abdankung des Königs Al- fons — hat jetzt zum Rücktritt des Generals Berenguer und seines Ministeriums geführt.

Der Rücktritt erfolgte nach einer Unterredung des Generals mit dem Grafen Romanones, dem Führer der monarchisch-liberalen Partei. Graf Romanones hatte dabei betont, er werde sich zwar an dem geplanten Neu- wahlen des Parlaments — den ersten Wahlen nach der Diktatur — beteiligen, im Parlament aber keine Tätig- keit darauf beschränken, Remission für ein verfallenes, aufgehobenes Parlament zu betreiben. Dem jetzt zu wählenden Parlament sollten verfassunggebende Be- fugnisse nach dem Willen der Regierung nicht zustehen.

Worthington-Evans †.

London, 16. Februar.

Am 63. Lebensjahre starb in London der Kriegs- minister des letzten konservativen Kabinetts, Worthing- ton Evans. Noch am Mittwoch letzter Woche ist er im Unterhaus hervorgetreten, indem er den Ministeran- trag der Konservativen gegen die Ausgabenpolitik der Regierung MacDonald begründete.

Brandunglück in London.

Drei Personen, darunter ein Richter, ver- brannt.

In einem Gebäude des Londoner Stadtteils South- lestone entbrach ein Brand, der sich mit solcher Schnel- ligkeit ausbreitete, daß sich mehrere Bewohner nicht mehr zu retten vermochten. Drei Personen kamen in den Flammen um, darunter ein Richter und eine Frau. Zwei Personen, die aus dem Fenster springen waren, und drei Feuerwehrlente wurden verletzt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. Februar 1931.

Wie die Domänenpächterbank mittelfristig trifft es nicht zu, daß der konservative Reichstagsabgeordnete v. Ullrich-Wildau zum Direktor der Bank ernannt worden ist.

Der Reichspräsident hat den Ministerialrat und Oberstaatssekretären im Reichsarbeitsministerium, Griechischer, zum Präsidenten des Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ernannt.

Die Besetzung Dr. Wiemers. In Anwesenheit von Mitgliedern des Präsidiums und des Plenums des Reichstags wurde Dr. Wiemer auf dem Reichstags-Konferenzsaal in Berlin beigelegt. Nach der Rede des Konstitualrats-Führer Dr. Lutzer sprachen die Vertreter der völkisch-nationalistischen Parteien.

Die Entschädigung für gewerkschaftliche Stellungsvermittler. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags nahm einen Antrag an, nach dem denjenigen gewerkschaftlichen Stellungsvermittlern, die ihren Betrieb seit dem 1. Januar 1910 haben, nachweise überlassen wird, entweder den Betrieb bis zum 30. Juni 1931 gegen Entschädigung einzustellen oder ihn bis zum Tode des Betriebsinhabers weiterzuführen. Die Entschädigungen sollen etwa die Hälfte des Jahreseinkommens betragen.

Rundschau im Auslande.

Im Auswärtigen Ausschuss des französischen Senats befürwortete sich General Ordinaire über die Verzierungen und Ziele des italienischen Kreditinstituts auf Afrika.

Ungarns Ministerpräsident Graf Bethlen hatte eine längere Unterredung mit den Führern des ungarländischen deutschen Volksbildungsvereins. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Die Vereinigten Staaten haben sich zu einer weiteren Verminderung ihrer nach Nicaragua entandenen Truppen bereit erklärt. Statt der 5000 Mann vom Jahre 1929 werden jetzt nur noch 500 Mann in Nicaragua stehen.

Kriegsgericht gegen einen polnischen Fliegermajor.

Der polnische Fliegermajor Kubala, der anonymer Briefe beleidigenden Inhalts für die leitenden Stellen des polnischen Militärwesens verfaßt hatte, wurde vom Kriegsgericht in Warschau zu einem Jahr Gefängnis und Ausstoßung aus dem Offizierskorps verurteilt.

Wieder Revolution in Panama.

Nach einer Meldung aus Panama ist in der Provinz Chiriqui eine Revolution gegen die vor einigen Wochen abgeschlossene neue Regierung ausgebrochen. Die Nationalpolizei der Stadt Panama ist in Alarmbereitschaft.

Schaffer-Wahlzeit in Bremen.

Das Gebot der Stunde: Maßloser Wiederaufbau — Zübe Sparanleihe — Energiereiches Anpoker aller Probleme.

Im Bremer Hause der Seefahrt fanden sich die Führer der Kaufmannschaft und die Kapitane der bremischen Handelsflotte mit zahlreichen Ehrengästen zu der historischen Schaffer-Wahlzeit zusammen. Die Rede von Dr. v. Meißner brachte den Willkommensgruß dar und betonte in einer zweiten Rede, die deutsche Schiffahrt verleihe keine staatlichen Unterstüßungen, aber sie dürfe doch auch nicht durch eine übertriebene Steuerlast und soziale Vorkerkelung in ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz beeinträchtigt werden.

Direktor Stieffan behandelte die Fragen, die heute auf der Tagesordnung stehen und führte dabei aus, über- all habe das Wiedererwachen des nationalen Gedankens in Deutschland Aufsehen erregt. Aber es bleibe noch viel zu tun übrig: rastloser Wiederaufbau, zübe Sparanleihe in allem, energiereiches Anpoker unserer größten Probleme, aktive Kolonialpolitik, Arbeitsbeschaffung, gründliche Regelung unserer sozialen Versicherungsangelegenheiten, Unter- stützung und Rettung der Landwirte. Immer von neuem erhebe Reichspräsident von Hindenburg mahnen seine Stimme zur Einigkeit. Möge es ihm vergönnt sein, das deutsche Volk auf der steilen Bahn des Wiederauf- baues einer hoffnungsvolleren Zukunft entgegengehen zu lassen.

Nach Ansprachen des obdenburgischen Minister- präsidenten Casseboom, des Vizadmirals Telfissen, des

Forstrats Eshertich und des Bergeers Carl Schinemann äußerte sich Dr. Eddner über Fragen der Luft- fahrt. Das Luftschiff, so führte er aus, sei zwar ein Mittel der Volkerverständigung und schaffe auch eine gute Stimmung für Deutschland, aber das wäre nichts, wenn die deutsche Außenpolitik nicht entschlossen die Möglichkeiten nütze. Die neue Idee, als ob es gelingen könne, die Völker zu einem friedlichen Zusammenarbeiten ohne Krieg, ohne Haß und ohne Eifersucht zu bringen, sei sehr schön. Aber sie wäre nicht durchführbar, wenn wir nicht gleichberechtigt und gleichmäßig als Partner der Nationen auftreten könnten. Das Interesse des eigenen Volkes gehe allen anderen vor.

Zustizetat angenommen.

Schlussabstimmung über Pressegesetz zurückgestellt. — Plenarpause bis Donnerstag.

— Berlin, den 14. Februar 1931.

Der Reichstag stimmte in Fortsetzung seiner Staats- arbeiten mehrheitlich dem Haushalt des Reichsjustiz- ministeriums in zweiter Lesung zu. Die zu die- sem Etat eingehenden Anträge der Kommunisten auf Abschaffung des Schnellverfahrens und der sozialdemo- kratischen Antrag auf Entschädigung der im Wiederauf- nahmeverfahren Freigeprochenen wurden dem Rechts- ausschuss zur Weiterberatung überwiesen. Ebenso ein staatsparteilicher Antrag zur Rechtsanwaltsordnung.

Endgültig verabschiedete der Reichstag noch einen Gesetzentwurf über die Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichsparlament. Dem deutschamerikanischen Aus- Lieferungsvertrag wurde ohne Aussprache zuge- stimmt, ebenso in der dritten Lesung des Pressegesetzes, wonach in Zukunft Abgeordnete nicht verantwortliche Redakteure sein dürfen, niemand zu Werke. Die Schlussabstimmungen wurden zurückgestellt.

Abg. Dr. Marum (Soz.) begrüßte die neuen Erörte- rungen über den Fall Bullerjahn. Das Urteil des Reichsgerichts im Falle Jorns fordere zur schärfsten Kritik heraus. Immerhin stelle auch das letzte Urteil in diesem Prozess fest, daß Jorns mindestens objektiv und sachlich seine Amtspflichten verletzt habe. Die einzige Entschuldigungsgründe für Jorns sei, daß er nicht aus bösem Willen, sondern aus Unfähigkeit gehandelt habe. Auch dann aber ist Jorns nicht geeignet, die Interessen des Reiches am Reichsgericht wahrzunehmen.

Abg. Muntau (Christl.-Soz. Volksdienst) beschäftigte sich mit dem Strafvolksgesetz. Bei aller notwendigen Huma- nität müsse doch der Eindruck vermieden werden, daß die Gefangenen ein besseres Leben führen als die Freien. Eine Reichsstatistik für den Strafvolksgesetz sei notwendig. Die Gutachter- und Schiedsrichtertätigkeit der Richter sei abzuschleppen.

Staatssekretär Zoel

führte aus, das Ministerium werde mit dem Reichsfinanz- ministerium über die Einstellung einer neuen Planstelle für einen Strafvolksgesetzbeamten in den nächsten Etat ver- handeln. Über die Gutachter- und Schiedsrichtertätigkeit der Richter werde wiederholt verhandelt werden. Zur Gutachter- und Schiedsrichtertätigkeit bedürfen die Richter der Genehmigung des Reichsgerichtspräsidenten und diese Genehmigung wolle der Präsident nur in den seltensten Fällen erteilen. Die Schiedsrichtertätigkeit könne nach dem Beamtengesetz nicht eingeschränkt werden.

„Ich betrachte“, so fuhr Redner fort, „mit der Mehr- heit des Reichstages diese Schiedsrichtertätigkeit als unerwünscht und halte an dieser Auffassung auch bei der entgegengelegenen Meinungsäußerung des Reichsrichter- vereins. Diese Fragen werden mir bei der Neuordnung des Beamtenrechts regeln müssen.“

Bezüglich des Falles Bullerjahn kann ich nur wieder- holen, was ich schon und öfter schon gesagt habe, daß der Fall der Wahrheit entsprechend dargestellt wurde. Im Falle Jorns muß mit aller Entschiedenheit der Vorwurf zurück- gewiesen werden, daß das Reichsgericht etwa das Urteil schon vorher fertig gehabt und erst nachträglich die Be- gründung dazu gemacht habe.

Wir müssen auch dem Reichsanwalt Jorns genau den- selben Vorwurf auf Gerechtheit zubilligen, wie jedem anderen Staatsbeamten. Dazu gehört, daß wir erst mal das Urteil abwarten, das in der Vorberufung ergangen ist.

Wenn das einen Herrn Jorns beläsenden Anhalt hat, wenn es sagt, daß in der Tat begründete Vorwürfe gegen ihn zu erheben sind, dann wird sicherlich alles geschehen, um zu verhindern, daß ein etwa nicht zur Rettung der An- klagen beim höchsten Gericht geeigneter Beamter, an dessen Ehre irgend etwas hängen gelassen ist, im Amt bleibt. Aber diese Voraussetzung muß erst erfüllt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte der Staats- sekretär noch fest, es sei irrig, zu behaupten, in Hochver- ratsfällen behandelte das Reichsgericht Nationalsozialisten besser als Kommunisten. Redner behandelte dann noch einen Vorwurf, den man gegen die Reichsjustiz machte, nämlich, daß die Richterämter erhoben worden sind und erklärte dabei, wenn jemand an der höchsten Stelle der Justiz wirke, so müsse er auch ge- wußt sein, daß ihm dadurch auch Pflichten nach außen ob- erlegt sind und eine große Zurückhaltung in politischen Streitfragen seine Pflicht sei. Wenn die Sozialdemokraten im Wiederaufnahmeverfahren Freigeprochenen auch dann ge- bührende Wahrung in ihrer Freiheit gegen hohe Richter- verurteilung hätten, dann wisse die preussische Regierung dem gegenüber darauf hin, daß sich die damit verbundenen Aufwendungen auf viele Millionen Mark belaufen würden.

Abg. Dr. Löwenthal (Komm.) verlangte eine un- Ammelie. Barbarisch und ungerecht würde in Aufre- fachen das summarische Verfahren der Schnelljustiz, nicht der den Angefallenen die im ordentlichen Verfahren ge- botenen Rechtsparanthen fehlen.

Als Legier Redner sprach Abg. Landsberg (Soz.) während dessen Rede die Kommunisten Hecker und Vogelp- fengel von der Sitzung ausgeschlossen wurden. Redner kritisierte die Rechtspredung des Reichsgerichts in poli- tischen Streitfragen und wandte sich nochmals gegen die Ge- achtertätigkeit der Reichsrichter.

Nach Erledigung der Tagesordnung vertagte der Reichstag entsprechend den vom Versteherat getroffenen Dispositionen auf Donnerstag.

Aus Stadt und Land.

Selbstmordversuch einer Filmschauspielerin. Einem Berliner Ovale brach die 19 Jahre alte Film- schauspielerin Margarete Dornbrach, die mit einem jungen Mann an einem Tisch lag, plötzlich zusammen. Der Arzt der Rettungshilfe stellte Vergiftung fest. Sie wurde daher nach einem Krankenhaus gebracht. Aus Unterhaltungen mit dem jungen Mann ging hervor, daß sich die Filmschauspielerin seit Tagen geistlich ge- fühllich um ein Engagement bemüht hatte.

Zarfinnung in Dresden. Der Dresdener Magistrat hat den Lohnstarf der städtischen Arbeiter zum 1. April dieses Jahres gestündigt.

Durchsuchung im Franz-Mehring-Haus. Auf Veranlassung der Leipziger Staatsanwaltschaft wurde eine Durchsuchung im Franz-Mehring-Haus in Leipzig vorgenommen, da der Verdacht vorlag, daß in dem Gebäude illegale Schriften und Propagandamateriale hergestellt werden und zur Verbreitung bereit liegen. Es wurde verschiedentlich Material beschlagnahmt. Eine Person, die für alldienstliche Hauswache ge- hört, wurde ein Dolch vorgefunden.

Drei Monate Gefängnis für einen Kommunisten. Im Schnellverfahren wurde der Schiffsbauer Ernst Haase aus Elmshagen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angefallene, der Mitglied der K.P.D. war, hatte zusammen mit mehreren Gefinnungsgenossen ein nationalsozialistisches Veranmlung durch fändiges Klä- men zu führen versucht, so daß schließlich die Polizei einschritt. Dabei hatte Haase einen Stuhl ergriffen und hinterträts mit aller Wucht auf einen Polizeibea- men eingeschlagen.

Zuch Unvorsichtigkeit die Mutter gekostet. Über 69 Jahre alte Frau B. Wacker in Köln-Babenthal wurde von ihrem 23 Jahre alten Sohn, der in der K.M. mit einem Akt-Infektübergehr unvorsichtig hantier- te, durch einen sich lösenden Schuß tödlich verunndet.

Starker Schneefall im Schwarzwald. In Ober- schweffeln und auf dem Schwarzwald haben erneut starke Schneefälle eingelegt. Auf den Höhen liegt bereits eine Schneedecke von zweieinhalb Metern. Auch in der Rheinebene schneit es ununterbrochen. Infolge heftiger Stürmes sind Störungen in der Telegraphenleitung der Schwarzwaldbahn zwischen Offenburg und Hausf- tro entstanden, was Verstörungen im Zugverkehr zur Folge hatte, ebenso ist es auch zu Unterbrechungen des Fern- sprechverkehrs gekommen.

Schäfer durch eine Lawine vergrüßelt. Bei der Mühlal-Wehe wurde ein Schäfer von einer Lawine vergrüßelt. Rettungsmannschaften konnten den Ver- unglückten, einen Wälder Zimmermann namens Bauer, nur noch als Leiche bergen.

Der Bruder im Streit gefügt. Die beiden Söh- nes Mühlendefiners Meiler von der sogenannten Stro-

Liebe macht demütig

ROMAN VON JOHANNE LOHR

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Meine Freude über diese Mitteilung war grenzen- los, und ich glaubte, Lony vorber nie so innig geliebt i haben. Unsere Hochzeit fand vor der Tür; ich hatte ans ein trauriges Heim eingerichted, wie es nicht wöniger zu denken war. Einige Freunde waren zu der Hochzeit geladen, denn Lony hatte auf eine größere Gesellschaft verzichtet. Zufällig erschien mein Bruder aus America, und ich freute mich unjagbar, daß er an meinem Festtag teilnehmen würde. Ich hatte noch viel im Vertrie zu tun, da ich mit Lony auf vier Wochen an den Gardasee zu fahren beabsichtigte. Deshalb vertraute ich sie für die letzten Tage meinem jungen schönen Bruder an. Der Pösterabend wurde vergnügt in Conny's Wohnung ge- feiert. Der Hochzeitstag war angebrochen, und es gab wohl keinen froheren Menschen als mich, da ich Lony zum Standesamt abholen wollte. Sie kam mir nicht an der Tür entgegen wie sonst, vermutlich war sie noch nicht fertig.

Das Mädchen sah mich groß und fragend an. „Das gnädige Fräulein hat einen Brief auf den Tisch gelegt. Sie wüßten schon, Herz Eppen!“ sagte sie.

„Ist meine Braut krank?“ fragte ich erschrocken.

„Nein, nein, das gnädige Fräulein ist schon ganz früh ausgefahren. Es wird wohl alles in dem Briefe stehen.“

Abnunglos und doch von einem nicht zu beschrei- benden Angstgefühl erfüllt, eilte ich in das Wohnzimmer, wo mir die große charakteristische Handschrift Conny's ent- gegenkollte.

Fieberhaft riß ich den Umschlag auf, und mit fliegen- dem Atem las ich Conny's Briefe. Es tue ihr furchtbar leid, mir Schmerz bereiten zu müssen, doch es sei ihr un-

möglich, ihr Wort zu halten, sie könne mich nicht heiraten. Am ersten Tage, da sie meinen Bruder gesehen, habe sie gekußt, daß sie nur diesen einen liebt. Genau so sei es auch mit Bernhard. Sie könnten nicht ohne einander leben und hätten nicht den Mut, mir die Wahrheit zu ge- sehen. Wenn ich diese Zeilen lesen würde, wären sie bereits auf dem Wege nach Argentinien. Wenn ich ihr nicht verzeihen könnte, so möchte ich um des Kindes willen, das sie unter dem Herzen trage, milder denken.

Was ich damals an Bitterkeit, Verzweiflung und Haß empfunden, würdest du nicht verstehen, mein Kind. Erst nach langer Zeit wurde ich ruhiger, und meine Verachtung gegen die beiden mir einst so nahestehenden Menschen wuchs von Tag zu Tag.

Meine Ruhe fand ich zuerst in der Arbeit wieder. Hätte ich darin nicht Befriedigung gefunden, so wäre ich zu- grunde gegangen.

Jahre waren seitdem verfloßen. Der Erfolg, den ich mit all meinen Unternehmungen hatte, war fast sprich- wörtlich unter den guten Bekannten. Ich nahm alles ziemlich gleichgültig hin, bis ich im Laufe des Bergwer- tordirektors Uhlmann meine Mutter kennenlernte.

Daß wir uns sehr lieb hatten, weißt du ja; durch sie wurde ich dem Leben wiedergegeben. Ich wußte nun, für wen ich strebe, und war deiner Mutter unendlich dankbar. Du warst zwei Jahre alt, da erhielt ich einen amtlichen Brief aus Brasilien, in dem mir mitgeteilt wurde, daß mein Bruder an einer Lungenentzündung gestorben sei.

Einige Wochen später kam ein Brief von Lony. Er hat mich erschüttert. Sie hat fessend um Verzeihung; ihr ganzes erträumtes Glück war schnell zerfallen, nirgends war sie heimlich gewesen. Bernhard hatte alles versucht, eine befriedigende Erlösung zu finden; es war vergeblich gewesen. Bald hier, bald da hatten sie ein Eigenvertrauen geführt, und der Knabe, der längst schlupfichtig war, hatte all die Entbehrungen geteilt. Lony hatte meinen Bruder nicht geheiratet; das Verhältnis zwischen beiden schien nicht gut gewesen zu sein. Sie hatten sich gegen-

seitig Vorwürfe gemacht, und oft war es zu Austritten gekommen, die das Kind mit ansehen und gehört. Dann lag Lony in einem Spital, sieh und krank; sie konnte ihr Kind nicht bei sich haben und fühlte, daß ihr nur noch kurze Frist zum Handeln bliebe.

Sie legte mir den Knaben ans Herz, sie wisse, daß ich das Kind lieb haben würde. Der Knabe hielte sie nun noch am Leben; sie könnte nicht sterben, bevor sie nicht Antwort von mir habe. Dann folgte die Adresse, wo das Kind untergebracht sei.

Noch in derselben Stunde ging ein Telegramm an Lony ab, worin ich ihr mitteilte, daß ich für den Knaben sorgen und ihn selbst abholen wollte. Meiner Mutter erzählte ich alles. Sie konnte bereits, was vor unsrer Ehe an mir genagt hatte, und war derselben Ansicht. Jedoch bat sie, ihr den Knaben nicht zu bringen. Als ich nach Buenos Aires kam, war Lony bereits begraben. Nach dem sie das Telegramm erhalten, war sie ruhig eingeschlafen. Den Knaben nahm ich mit nach Deutschland. In Hamburg habe ich ihn in ein Heim gebracht, wo er mit mehreren Altersgenossen erzogen wurde. Er trug den Namen seiner Mutter. Die Zeugnisse, die ich über ihn bekam, waren gut. Ich konnte und mochte ihn aber nicht wieder sehen.

Einem bekannren Rechtsanwalt in Hamburg hatte die Sorge übertragen, er-fürmte mich um alles. Und das Kapital, das ich für Leon übergestellt, ist derart, daß ich jeden Versuch einschlagen kann. Er hat Talent, wie ich erfuhr, und ist Maler geworden. Ob er Bedeutendes leisten wird, weiß ich nicht; vorläufig ist er noch ein Verender.

Jetzt weißt du alles, mein Kind. Mir ist es leicht geworden, nachdem ich dir das Verhängene offenbart habe.“

Es war, als ob die Kraft des Geheimrats nur die hierber vorgehalten. Er fiel zurück, und die Bestimmung hatte ihn verlassen.

(Fortsetzung folgt)

Gewerbeschau Elsfleth

Es läßt sich jetzt schon überblicken, daß die Gewerbeschau im Frühling dieses Jahres ein ganz besonderes Ereignis für Elsfleth werden wird. Außer einer schönsten Feier am eigentlichen Geburtsstage, dem 1. Mai, wird das 75-jährige Stadtjubiläum nur durch Arbeit gefeiert, und das ist in der heutigen Zeit sicher die beste und angemessenste Art, Feste zu begehen. „Meister rüht sich und Gelle.“

Die einzelnen Handwerker schaffen schon fleißig an ihren Ausstellungsständen, und die Schaufensterbesitzer schmieden im stillen eifrig Pläne, wie sie die anderen Mitbewerber übertreffen wollen.

Daß sich über 50 Geschäftsleute mit mehr als siebzig Schaufenstern an dem Wettbewerb beteiligen, ist der beste Beweis für das allseitige Interesse.

Deshalb wird es auch lebhaft begrüßt, daß viele Vereine, Verbände und Körperchaften sich entschlossen haben, ihre Tagungen während der Ausstellungszeit, 26. April bis 3. Mai, in Elsfleth abzuhalten. Die Elsflether Wirt werden zeigen, daß sie es verstehen, ihren Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen, und weil zehn Wirtschaften und acht Ausstellungsstage zur Verfügung stehen, bringt die Geschäftsleitung der Gewerbeschau gern noch viele weitere Verbände unter.

Die Landwirtschaftskammer beabsichtigt auch, eine Zentralausstellung nach Elsfleth zu verlegen. Sie mußte aber leider davon absehen, weil der landwirtschaftliche Verein Elsfleth wegen der verheerenden Mäuseplage des Vorjahres die Sitzung für seinen Ort ablehnte. Man hätte sich auch auf den Standpunkt stellen können, daß man gerade wegen der Mäuseplage die Berufskollegen eingeladen hätte, und es ist doch für alle Volksteile wichtig, daß Verkehr herangeholt wird. Wir hätten die Landwirte gerne hier begrüßt.

Der Vorterrauschluß kauft augenblicklich bei Elsflether Kaufleuten und Handwerkern die Gewinne für die Verlosung ein. Im Schaufenster Währung, Steinfröcke, wird jeder sich seinen Gewinn ausdenken können, wenn er die richtigen Lose gekauft hat.

Hoffentlich wird die Gewerbeschau ein Beispiel dafür, wie auch in wirtschaftlich schwerer Zeit durch Arbeit und Tatkraft viel zu erreichen ist.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schiffsleitung stets willkommen

Elsfleth, den 17. Februar 1931

Tagess-Feiger

☉-Aufgang: 7 Uhr 44 Min. ☉-Untergang: 5 Uhr 39 Min.

Schwarzwasser:

2.44 Uhr Vorm. — 3.14 Uhr Nachm.

18. Februar: 3.23 Uhr Vorm. — 3.52 Uhr Nachm.

* Auf den Ostern an den Städt. Berufsschulen beginnenden Handwerkskursus wird hingewiesen. Den Eltern bietet sich hiermit eine günstige Gelegenheit, ihren Kindern eine gute Ausbildung für den Kaufm. Beruf zukommen zu lassen.

* Vortrag. Da inzwischen auch aus Aufzählungen sehr günstige Stimmen über die Rednerin eingelaufen sind, verweisen wir nochmals auf den Vortrag. (Siehe Anzeige)

* Der Arbeiterverein hielt am 7. Februar beim Kameraden Joh. Hüfner in Vienen eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Besonders zahlreich erschienen waren die Mitglieder von Vienen und Neuenfelde. In Verbindung des ersten Vorsitzenden wurde die Versammlung vom zweiten Vorsitzenden um 8.45 Uhr mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Erschienenen eröffnet. Besonders begrüßt wurde der amtierende Altveteran G. Frey, Vienen und der Altveteran V. Köhler, Elsfleth. Die schlechte Witterung hatte wiederum nicht verhindert, diese beiden Unentwegenen von der Teilnahme abgucken. Ein gutes Zeichen für den Verein, daß bei jeder Versammlung ein paar von den wenigen alten Kameraden anwesend sind und an den Verhandlungen regen Anteil nehmen. Zu Anfang wurde der dem Verein durch den Tod entzogenen Kameraden, des Altveteranen Joh. Sulenberg und W. Klante gedacht. Die Versammlung erhebt das Andenken in der üblichen Weise. Die Erlebungen des ersten Punktes der Tagesordnung, Wiederaufnahme in die K. S. und K. W. ist dem Führer dieser Gruppe übertragen. Der Sommerausflug wurde besprochen und ein Ausschub zur endgültigen Regelung gewählt. Zum Vertretertag in Westerstede wurden die Vertreter und deren Ersatzleute bestimmt. Der Versammlung wurde bekannt gemacht, daß am 1. März in Elsfleth die Verbandssitzung stattfindet. Einstimmigen Beschluß fand der Antrag, bei ausnützigem Sterbefällen dem verstorbenen Kameraden einen Kranz zu senden. Das Bundesblatt soll wie bisher durch den Verein bezogen werden. Zu der Niederschrift der Hauptversammlung wurden Einsprüche nicht erhoben und diese genehmigt. Mit der Bekanntmachung, daß Kameraden, die das Kupffrüher-Verdienstkreuz noch nicht besitzen, dieses beim Verein beantragen können, fand der geschäftliche Teil den Abschluß. Nachdem blieben die Versammlung noch ein paar Stunden gemüßlich bestimmen. Es wurde manch schönes deutsche Lied gesungen, von der Musik begleitet. Alle und neue Wiße mußten herhalten und fanden ihren Beifall. Für einen guten Tropfen war bestens vorgeföhrt. Da die Einheimischen nicht kauften, war eine recht gemüßliche, kameradschaftliche Stimmung bald hergestellt. Erlebnisse aus der Militär- und Kriegsdienstzeit wurden ausgetraut und zum Besen gegeben. Da bei solchen Erzählungen die Stunden leider immer zu schnell vergehen, wirkte kurzerhand die Scheidungskunde. Bei der März-Versammlung in Neuenfelde wollen die Teilnehmer sich alle wieder treffen und möglichst Außenstehende mit sich ziehen.

* Die Frau in der sozialen Wohlfahrts- pflege. Ueber dieses Thema sprach am letzten Mittwoch

auf Einladung der hiesigen Ortsgruppe des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, dessen bekannte Landesverbandsvorsitzende, Frau W. Thode aus Oldenburg. In Anbetracht der Bedeutung des Themas und der Persönlichkeit der Rednerin hätte der Verein, wie der Kassenführer nachher in seiner launigen Dankrede bemerkte, von seinen mehr als 200 Mitgliedern wohl eine stärkere Beteiligung verlangen können. Jedoch reichte der kleine Versammlungsraum in Geißlers Hotel nur eben aus, die Zahl der Besucher zu fassen. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vorsitzende, Frau Müller, begann die Rednerin ihren Vortrag mit der Feststellung, daß schon von den ältesten Zeiten des Christentums her die Frauen sich in der Armenpflege (Dianone — daher das Wort Dianonisse) mit Erfolg betätigt hätten. Die Rednerin gab dann auf Grund ihrer intensiven Literaturstudien ein kurzes Lebensbild mehrerer durch ihre Mäßigkeit geschichtlich berühmter geordneter Fürstinnen, insbesondere der heiligen Elisabeth in Thüringen, der Königin Ulrike von Preußen und Großherzogin Friederike von Baden. Sie gedachte dann kurz jener hervorragenden Geistesbildinnen, die bei dem Aufbau des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz und anderer segensreicher Einrichtungen sich unvergeßliche Verdienste erworben haben, und kam so schließlich zu dem Ziel ihrer Rede, auch die Mitglieder des hiesigen Frauenvereins für eine eifrigere Betätigung in der sozialen Wohlfahrtspflege zu begeistern. Gerade in der Gegenwart, so führte sie aus, angeichts der erschlitternden Notlage, so weiter Kreise des deutschen Volkes darf die Frau nicht untätig zurückziehen. Zwar sind die Vorarbeiten über unsere sozialen Versicherungen über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und die sonstigen Fürsorgegesetze so umfangreich und so schwer zu erfassen, daß es schon einer besonderen Ausbildung auf den dafür eingerichteten Schulen bedarf, wenn eine Frau hauptsächlich in der Wohlfahrtsfürsorge tätig werden will. Aber auch ehrenamtlich im Verein mit dem Reichs-, Landes- oder Gemeindebehörden, vor allem mit dem Jugendamt, findet jede Frau ein weites Arbeitsfeld. Gerade heute, wo die besten Wohlfahrtsbestrebungen unter dem Hader der Parteien nicht zur vollen Ausnutzung kommen, ist die Frau von der Natur dazu berufen, die Gegenstände auszugleichen und wahrhaft christliche Nächstenliebe zu betätigen. Ganz besonders bedürfen ihrer Fürsorge die Kinder von Erwerbslosen und die jugendlichen Erwerbslosen, die bei länger dauernder Arbeitslosigkeit ohne geistige Aufmunterung Gefahr laufen, vollständig gegen ihr Glend abzustumpfen und stillos zu verkommen. Deshalb hat sich auch neuerdings im Oldenburger Lande das Volkshochschulheim in Gmehrdt dieser jugendlichen angenommen durch Einrichtung von sog. „Freizeitern“. Die Erfahrungen, die damit in den Weihnachtsferien gemacht sind, sind so gut, daß zu Ostern bereits eine Wiederholung dieser Freizeiturs beabsichtigt wird. In der Stadt Oldenburg hat der Vaterländische Frauenverein kürzlich in Verbindung mit dem Arbeitsamt einen sehr schönen Haushaltungs-kursus für weibliche Erwerbslose eingerichtet. Unter den 25 Teilnehmern sind allein 18 Kontoristinnen, für die heutzutage der Arbeitsnachweis immer schwerer wird und eine Unterweisung in der Haushaltungsführung sehr nötig ist. Die Meldung zu diesen Kursen ist freiwillig. Unpünktlichkeit der Angemeldeten wird aber vom Arbeitsamt mit Entziehung der Unterstützung bestraft. Die Rednerin schloß mit dem Wunsch, daß doch auch die Frauen von Elsfleth sich nach besten Kräften an der sozialen Wohlfahrtspflege beteiligen möchten. Der Vortrag fand reichen Beifall und auch die Mahnung der Rednerin fiel auf guten Boden. Von mehreren Seiten wurde betont, daß auch hier in Elsfleth die Not der Jugend stärkere Hilfe seitens der Frauen erfordere. Insbesondere sei ein Kinderhort oder eine ähnliche Einrichtung ein dringendes Bedürfnis. Hocherfreut begrüßte Fräulein Thode diese Anregung und versprach, das Unterrichten in jeder Weise zu unterstützen. Sie betonte jedoch als wichtigste Voraussetzung auf Grund langjähriger Erfahrung die Beschaffung von Geldmitteln zur Anstellung einer beruflich vorgebildeten, im Hauptamt tätigen Leiterin. Die Erziehung der Kinder, diese nicht täglich wechseln, sondern müßig ständig in einer Hand bleiben. So viel Aufopferung könne man aber im Ehrenamt keiner Frau zumuten. Für ehrenamtliche Hilfe sei nebenbei noch Raum genug, wenn dieser Platz gelingen sollte. Nachdem dann auch der Amtsgerichtsrat Anrabe sich für das Unternehmen eingesetzt hatte, und dabei auch auf eine Unterstützung seitens der Gerhard-Cornelius-Stiftung hingewiesen hatte, fand der Plan der Gründung eines Kinderhorts oder Kinderheimes allseitige Zustimmung der Vereinsmitglieder. Der Vorstand wurde erlußt, auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung, die im März stattfinden wird, die Wahl eines besonderen Ausschusses zu setzen, dem die weitere Vorarbeit, insbesondere die Befragung der erforderlichen Geldmittel, übertragen werden soll. R. R.

+ Die am Sonntag im „Stedinger Hof“ abgehaltene Preis-Maskerade verlief in allen Teilen zur vollen Zufriedenheit der Besucher. Es erhielten: Damenpreise: 1. Frau Helene Lange, Timpen, hier (Kostüm: halb Mann, halb Weib), dreitesges Raffeezerre; 2. Frau Ernst Müller, Oberree (Kostüm: Brunnmeißel); Damenhandtasche; 3. Frau Else Schmidt, Timpen, hier (Kostüm: Kleeblatt); ein Karton, erste Toilette-Würste, Seife und Parfüm; 4. Frau Wilhelmine Lange, Verne (Kostüm: Großmutter in der Nachschade mit der Laterne); 1 Flasche Wein. Herrenpreise: 1. Herr Georg Diers, Elsfleth (Kostüm: rater Ochsenwird); Redigrohpreßel; 2. Herr Reeder, Vienen (Kostüm: Müße, Das Wandern ist des Müllers Lust); Mausherrvice; 3. Herr Wilhelm Lange, Verne (Kostüm aus Maisherrnern); eine Netzwurfs; 4. Herr Franz Posten, Warfeth (Kostüm: Kohl und Pinfel); eine Flasche Wein. Clownpreise: 1. Wolf Grundmann, Elsfleth; Porzellan-Nippes; 2. Gerd Weimers, Elsfleth; Porzellan-Nippes; 3. Johann Hoos, Elsfleth; Porzellan-Nippes.

* Oldenburger Landestheater. Dienstag, 7^{1/2} Uhr (A 21): „Die Fee“. Mittwoch 3^{1/2} Uhr (Ausschüttung-Vorstellung Nr. 10): „Florjan Geyer“. 8 Uhr (Niederdeutsche Bühne), „Das Loos in'n Zinn“. Donnerstag, 7^{1/2} Uhr (B 21): „Meine Schwester und ich“ (Ermäßigte

Staatshilfe bei Sigros in Bayern gerieten wegen einer falschen Meinung in Streit, der in Zerkhörungen ausartete. In einem Verlauf derselben griff der eine zum Messer und der andere seinem Bruder einen tödlichen Stich bei.

Juchansstirke an n Mass-n-Einbrecher. Vom Hofgericht München wurden der 26-jährige Hilfsarbeiter Georg König aus Neustift und der 27-jährige Hilfsarbeiter Hermann Ullmann aus Bernsdorf zu je einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die beiden hatten gemeinsam in Schwaben, g dem Oberbayern zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt, die hauptsächlich fuchten je Pfarrerhäuser auf.

Nur 100 000 Wollwervslose in Frankreich. Nach amtlichen Mitteilungen sind in Frankreich gegenwärtig etwa 100 000 Wollwervslose vorhanden; die Zahl der Kurzarbeiter, von denen zwei Drittel aber nur acht Stunden je Woche Arbeit haben, beläuft sich auf eine Million. Nach Ansicht der französischen Regierung ist die jetzige Krise auf dem Arbeitsmarkt mit weniger scharf als die von 1921 und 1927.

Dreifacher Mord und Selbstmord. Ein Gattungsgegenstand in der französischen Stadt Auxerre tödte seine Frau, seine Tochter und seine Schwägerin durch Revolvergeschüsse und beging dann Selbstmord. Es soll sich um die Verzeihung eines Mannes handeln, der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war.

D. Deutschland beerbt Robinson.

140 000 Mark für Kriegsverstümmelte. — Das Testament des englischen Kapitäns gültig.

In London ist nunmehr die Entscheidung in der Erbschaftsangelegenheit Robinson gefallen. Der am 20. Februar 1930 verstorbenen ehemalige Kapitän Robinson wurde in seinem Testament bestimmt, daß sein Vermögen in Höhe von 140 000 Mark der deutschen Regierung zur Unterstützung der im Weltkrieg verarmten deutschen Soldaten zufalle. Robinson hatte diese Verfügung damit begründet, daß das „heilige und erbenlos verlassene England gut in der Lage ist, für seine im Weltkrieg verstümmelten Soldaten Vorproge zu treffen.“

Nichter Maughan vom Obersten Gericht in London hat nunmehr entschieden, daß dieses Geschenk an die deutsche Regierung gültig ist.

Robinson hatte übrigens in seinem Testament weiter bestimmt, daß, falls seine Verfügung angefochten wird, General Smuts 1000 Pfund persönlich erhalten und die übrigen 6000 Pfund von Smuts unter verstümmelte Wunden, die durch den südafrikanischen Krieg gelitten haben, verteilt werden sollen.

Die Gültigkeit der Verfügungen war angefochten worden.

Die Bauwirtschaft

in volkswirtschaftlicher Bedeutung

Von dem Amtsbezirk Aufzählungen ausgehend, hat sich in unserer engeren Heimat eine Selbsthilfebewegung verbreitet, die schnell auf den Amtsbezirk Brake überfrang, umhellen überholend, auch in Verne Fuß gefaßt und nunmehr in den Amtsbezirk Elsfleth zur Arbeit angelegt hat. Es ist nicht unbekannt, daß in dem hiesigen Amtsbezirk bereits viele Bauwirts vorhanden sind, die einwilligen ohne örtliche Organisation sich dem Ring der Bauwirts in Bremen anschließen.

Wenn man nun die Arbeitsergebnisse der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Nordenham verfolgt, so ist man zu der Überzeugung, daß die Erfolge in der Durchführung lokaler Organisation zu suchen sind. Dieses haben die Braker Bauwirts bereits im Jahre 1930 erkannt, und ihren Anschluß an die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Nordenham vollzogen und daraus großen Nutzen erzielt. Für unseren Abschnitt ist nun auch die Einbindung der Bauwirts aufgenommen. Auch die hiesigen Bauwirts verpflichten sich von der Eingliederung eine starke Werbung der Bauwirts.

Es wird deshalb in aller nächster Zeit in unserem Orts ein Werbearbeit mit gründlicher Auskunft über die Ziele der Bauwirts-Bewegung stattfinden, worauf schon heute hingewiesen sei. Die Ankündigung der öffentlichen Werbearbeitung wird in den nächsten Tagen durch diese Zeitung erfolgen.

Angesichts der schweren Wirtschaftslage werden alle Volksgenossen die Informationsmöglichkeit über die Entwicklung aus dem bestehenden schweren Zinsdruck begriffen. Interessant sind die Ausnutzungsmöglichkeiten der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft über Bauvorhaben mit zinslosem Geld. Gleich wichtig sind aber auch ihre Einrichtungen für Umschuldungen aller Art, Hypothekentilgungen, Erb-Auseinanderbesetzungen und Realcredite.

Es ist im ganzen ein Unternehmen mit stark sozialer Tendenz.

Betrachten wir nun noch im Rahmen dieser Ausführungen kurz die Entwicklung der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Nordenham.

Im November des Jahres 1929 traten 19 Genossen auf den Plan, um den Bauwirtsgedanken in die Tat umzusetzen.

Schnell wuchs die Mitgliederzahl. Mitte 1930 waren rund 300 Bauwirts der genannten Genossenschaft angeschloffen.

Nach der Interessenerbindung mit den Braker Bauwirts setzte ein ungeachtet großer Zutritt ein. Aus den Wirtschaftsgemeinschaften Aufzählungen und Brake wurden alle möglichen Vorhaben an die Genossenschaft herangebracht. Inzwischen hat die Mitgliederzahl die 600 weit überschritten und nähert sich heute der Zahl 700. Aus dem zu erstarkten Reize wurden bis heute gewaltige Leistungen in volkswirtschaftlicher Beziehung gezeigt. Es entstanden in den genannten Baugemeinschaften 27 Eigenheime. Es wurden Hypotheken abgelöst im Betrage von RM 61 111,50. Das bis zum 31. Dezember 1930 realisierte Kapital übersteigt eine halbe Million. Auch in dem ersten Monat dieses Jahres wurden für neue Vorhaben der Genossenschaft weit über RM 70 000, — Spargelder zugeführt.

Wir schließen unsere Betrachtungen mit dem Hinweis darauf, daß über das geschäftliche Geschehen in der angelegtesten Versammlung eingehend berichtet werden wird.

Preise). Freitag, 7³⁰ Uhr (C 21) „Der Freischütz“. Sonnabend, 7³⁰ Uhr (D 22); o. „Bique Dame“. Sonntag, 8¹⁵ Uhr: Zum letzten Male! „Sobengrin“ (Ern. Preise); 8¹⁵ Uhr: (Niederdeutsche Bühne) „Der Tod in'n Tun“.

* **Steuerausfall der oldenburgischen Gemeinden.** Das Staatsministerium hat den Gemeinden einen Bescheid über Steuerüberweisungen zugehen lassen, in dem es u. a. heißt: In der Verfügung vom 18. Dezember 1930 hat das Staatsministerium allgemein darauf hingewiesen, daß der Rückgang an Reichsüberweilungssteuern schon im Rechnungsjahr 1930 eine finanzielle Schlechterstellung der Gemeinden gegenüber den früheren Rechnungsjahren zur Folge haben würde. Soweit sich bis heute übersehen läßt, wird dieser Rückgang an Reichsüberweilungssteuern in Verbindung mit anderen ungünstigen Momenten, die in der angegebenen Verfügung für das Rechnungsjahr 1930 veranschlagten Summen wesentlich überschreiten. Der entstehende Ausfall wird sich nach den Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleich beim Ausgleichsstock und nach den Leistungen daraus erwidern. Das Ministerium muß, um den Ausgleichsstock für aus dem Ausgleichsstock zuviel gezahlte Beträge nicht in das neue ebenfalls finanziell schwierige Rechnungsjahr zu verschieben, schon jetzt mit der Einbehaltung bereits zuviel gezahlter Leistungen beginnen. Der Staat wird selbst von dem Ausfallen im gleichen Verhältnis betroffen. Mittel zur Unterfütterung der Gemeinden stehen dem Staate nicht zur Verfügung. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Gemeinden, soweit sie nicht Ausgaben zurückstellen können, bzw. soweit ihre finanzielle Lage unter Berücksichtigung des vorgenannten Ausfalles es erforderlich macht, auf die Ansammlung noch vorhandener Steuerquellenmöglichkeiten hinzuweisen. Eine Erhöhung der Realsteuern ist seit dem 31. Dezember 1930 unzulässig. Dagegen können die Gemeinden noch für den Schluß des Rechnungsjahres eine Biersteuer mit doppelten Sätzen und für das ganze Rechnungsjahr eine Bürgersteuer erheben. Für die letzte Bedarf es nach § 2 der oldenburgischen Notverordnung vom 20. November 1930 eines einfachen Beschlusses des Gemeinderats und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. — Wahrscheinlich werden heftige Auseinandersetzungen in den Gemeindeparlamenten um die Einführung neuer Steuern entbrennen.

* **Müssen für Lehrlinge Beiträge zur Invaliden-Versicherung entrichtet werden?** Ueber die Invaliden-Versicherungspflicht der Lehrlinge herrschen noch vielfach Unklarheiten. Aus dem Gesetz und aus der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts lassen sich darüber folgende Richtlinien aufstellen. Grundsätzlich sind alle Lehrlinge (männliche und weibliche) invalidenversicherungspflichtig, außer den Büro- und Handlungslehrlingen, sowie denjenigen, die zu einem Bühnen-, Musiker- und Kranenplegeberuf ausgebildet werden. Für Handwerkslehrlinge brauchen in den beiden folgenden Fällen keine Beiträge entrichtet zu werden. Einmal, wenn sie als Entgelt vom Meister nur freien Unterhalt erhalten; ein ganz geringfügiges Taschengeld kann dem freien Unterhalt beigegeben werden. Sodann wenn ihr Entgelt ein Drittel des Ortslohnes nicht übersteigt. Dieses Drittel beträgt bei weiblichen Lehrlingen 3,80 RM, bei männlichen 5,20 RM wöchentlich. Uebersteigt das vom Lehrherrn gezahlte Entgelt diese Beträge, so müssen Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das Entgelt als Lohn, Kostgeld oder Taschengeld oder sonstwie bezeichnet wird. Der Lehrherr hat die Beiträge bei der Lohnzahlung zu entrichten, indem er Marken der entsprechenden Lohnklasse in die Lohnungskarte einlebt. Werden Beitragsmarken der 1. Lohnklasse entrichtet (bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst bis zu 6 RM), so werden sie vom Arbeitgeber allein getragen; bei den höheren Lohnklassen kann der Lehrherr die Hälfte der Beiträge vom Verlohn abziehen.

* **Die Weferschiffahrt im Januar 1931.** Im Januar brachte die niederschlagreiche Witterung der Weferschiffahrt bestrebende Wasserstände. Bis auf einen

Tag auf der Ober- und zwei Tage auf der Mittelwefer war volle Abladung möglich. Sie konnte jedoch infolge Ladungsmanget wegen der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage nicht ausgenutzt werden. Die Oberwefer hatte eine theoretische durchschnittliche Tauchtiefe ab Hannover-Münden von 2,78 m (1,89 m im Dezember 1930), die Mittelwefer 3,39 m gegen 2,41 m im Vormonat. Starke Zuläufe aus den Nebenflüssen verursachten den zu Berg fahrenden Schlepplügen manchen Aufenthalt. Durch den oben erwähnten Ladungsmanget erlitt der Güterverkehr, der im Vormonat etwas lebhafter war, einen starken Rückschlag. Die Bremer Weferschleuse passierten nur 131 600 t gegen 224 800 t im Januar 1930 und 210 500 t im Dezember 1930. Die talwärts eingetroffene Gütermenge ging von 171 400 t im Januar 1930 und 157 800 t im Dezember 1930 auf 100 700 t im Januar 1931 zurück. Bei den Kohlentransporten fielen 31 200 t bzw. 21 900 t, bei Kies und Steinen 34 400 t bzw. 21 500 t und bei Kali und Salz 3200 t bzw. 8000 t gegenüber den beiden Vergleichsmonaten aus. In der Bergfahrt wurden nur 30 900 t befördert, während es im Januar vorigen Jahres 53 400 t und im Dezember 1930 53 200 t waren. Mit hin ein Ausfall von je rund 40 Prozent. An Getreide kamen 12 700 t bzw. 21 600 t weniger zum Versand. In Stützgut und „sonstigen Gütern“ war gleichfalls ein Nachlassen von je 1500 t zu bemerken. Mehl blieb um 3000 t hinter dem Januar vorigen Jahres zurück, erreichte jedoch die Höhe des Vormonats. Die Holzabfuhr war um 5200 t niedriger als im Januar 1930, gegenüber dem Dezember 1930 allerdings um 800 t höher.

* **„Funfartzt Cuxhaven.“** Auch in Deutschland ist jetzt ein funfärztlicher Beratungsdienst für die Schiffahrt eingeführt worden, wie er bei einigen Küstenländern ähnlich seit längerer Zeit besteht. Ein Schiff, das sich nahe der deutschen Küste aufhält und ärztlichen Rat braucht, kann eine Anfrage mit der Kennzeichnung „Funfartzt Cuxhaven“ an die Küstenfunkstelle Elbe-Weser-Süd richten, die die Frage zur Beantwortung dem Staatskrankenhaus Cuxhaven zuführt. Die Antwort des Staatskrankenhauses wird dem Anfordernden wieder durch die Küstenfunkstelle übermitteln. Im Funfartztverkehr kann die Schiffsleitung auch unmittelbar mit dem Arzt verbunden werden. Die Anfrage muß vom Schiffsführer ausgehen. Bei telegraphischer Anfrage ist das Telegramm selbst von ihm zu unterzeichnen; Gespräche sind von ihm selbst zu führen. Die Anfrage kann in deutscher, englischer, französischer oder spanischer Sprache abgefaßt werden, die Antwort wird in der Regel in der für die Anfrage benutzten Sprache erteilt. Die Anfragen müssen kurz, klar und vollständig alle Merkmale der Krankheit und alle näheren Umstände, die zu der Erkrankung geführt haben, enthalten. Es ist auch der Arzneischrant anzugeben, den das Schiff benutzt, damit der Arzt danach die erforderlichen Heilmittel auswählen kann. Die Nachrichten im ärztlichen Funfartztverkehr werden mit Vorrang vor anderem Verkehr, mit Ausnahme des Seeradiodienstes befördert. Die ärztliche Beratung selbst ist gebührenfrei. Für die Funfartztbeförderung wird bei telegraphischer Erledigung für die Anfrage und für die Antwort je die Gebühr für ein gewöhnliches Funktelegramm von 10 Wörtern berechnet, ohne Rücksicht auf die Länge der Nachrichten. Bei Erledigung als Funfartztgespräch wird die Gebühr für ein Dreiminutengespräch erhoben. Wenn für die Antwort eine besondere Gesprächsverbindung notwendig wird, ist für diese ebenfalls die Gebühr wie für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch zu entrichten. Die Funfartztgebühren werden dem Schiff durch das Telegrammenamt in Hamburg in Rechnung gestellt. Die Einrichtung ist besonders für solche Schiffe wichtig, die einen Arzt nicht an Bord haben.

* **Oldenburg.** 40000 RM Verluste bei einem Oldenburger Konkurs. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns C. A. Wrey, Oldenburg, stehen zur Schlussverteilung rund 1670 RM als Masse zur Verfügung. Die bevorrechtigten Forderungen betragen demgegenüber

192 RM, die nicht bevorrechtigten dagegen rund 42 RM, so daß die Gläubiger rund 40 000 RM verlieren. **S Oldenburg.** Ein raffinierter Betrüger ist 27jährige Dienstknecht Franz Clemens August W. Er stammt aus Nies bei Cloppenburg und macht sich äußerlich den Eindruck eines Menschen, der eher ein guter Lebemann sein könnte. Nachdem er wiederholt bestraft war, legte er in einer ganzen Anzahl von Fällen in Cloppenburg und Umgegend gutgläubige Menschen hinein, auch solche, die er noch niemals zuvor gesehen hat. Mit einer seltenen Unverfrorenheit trat er überall gab sich für den Sohn oder nahen Verwandten irgendein allgemein bekanntem gutsituierten Landwirts aus, läßt die bekannte augenblickliche Verlegenheit oder das Ungewissen seiner Geldtante vor und hatte stets den erwünschten Erfolg. In mehreren Häusern erschien er während der Kirchtage, nachdem er jedenfalls in Erfahrung gebracht hatte, daß der Hausherr oder auch mit seiner Frau oder der Kirche gegangen war. Er wandte sich dann an die Frau oder auch die erwachsenen Kinder, ja, wenn es anders ging, auch an das Dienstepersonal unter der Spiegelung falscher Tatsachen. Wenn gleich die eingehaltenen Beträge auch nicht erheblich waren, so hatte doch die große Zahl der Betrügereien und die dabei an den gelegte Frechheit, sowie die Vorbestrafung des Angeklagten das Amtsgericht Cloppenburg am 20. Dezember u. bewogen, dem W. eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren aufzuerlegen, ihm die Untersuchungshaft nicht anzurechnen weil er je selbst durch sein Verhalten verschuldet ist. In der Verurteilungsverhandlung versuchte er, einige seiner Straftaten abzustreiten. Er ist aber bestimmt in den Geschädigten erlaubt worden, was bei seinem unfähigen Alter nicht sehr schwer war. Die von ihm eingelegte Verurteilung wird vermehren.

* **Nethen.** Ein zehnjähriges Mädchen, das als Kaufmann gewesen war, steckte ein Zahn- und ein Pfennigstück achlos in den Mund und schluckte sie um Lebens hinunter. Anfangs fühlte sich die Unglückliche nicht unwohl. Doch man tröstete sie damit, daß das Geld wiederkommen würde, und schon am folgenden Tage kam es in beiden Abenteuer wieder ans Licht.

* **Westhauderfehde.** Vor einigen Nächten entzündete in einem Hause am Unteneben ein kleines Feuer, das durch taftkräftiges Eingreifen der Bewohner im Keime erstickt werden konnte. Ein elektrisches Heizröhrchen muß wohl ganz einwandfrei gewesen sein, denn nachdem es über eine Stunde ausgeschaltet war, merkte plötzlich der aus dem Schlafe erwachende Ehemann, daß sein Bett in hellen Flammen stand.

Bücherchau

„Der Pfanukuchenfuß“ über diesen englischen Fastnachtsbrauch erzählt in lustiger Weise Bilderkarikel in der neuesten Nummer der Zeitschrift „Das Heft“. Ueberhaupt steht diese ganze Nummer unter dem Zeichen des Fastlings. Laumet's Geschichten: „Briefwechsel nach einem Fest“, „Die verrückte Stube“, Gedichte: „Abschiedsbrief an die Kasse der untreuen Frau“, „Schinjucht“ und Fastlingsbilder sind die Leserin. Aber daneben auch ernsthafte Aufsätze: „F. Goethes, eine Fortsetzung der „Lebensskizzen neuer Jugend“, diesmal ist es „Der Woy“, der uns begegnet, „Lebensfragen Briefe eines Philosophen an seine junge Frau“. Zwischen den beiden laufenden Romanen „Anita dent an Dich“ von Franz Harper und „... noch bleibt der Weg nach El Oro“ von Manny Lambrecht geben der ausführliche Theaterbericht, eine Beschreibung neuerer Scherzplatten, der Butterick-Modenteil, Ratsschläge zur Bewirtung der Gäste („Mein Phanantia beim Käsegang“) die Nummer einen abwechslungsreichen Inhalt. Das Buch enthält wieder eine neue lustige Preisangabe. Das Ergebnis des Angelegenheitsverlaufs, wir umwerben die Frau“ wird gewiß manche Leserin mit Spannung erwartet haben.

Städt. taufm. Berufsschule Gliseth Handelskursus

Zur Vorbereitung auf den taufm. Beruf wird Ostern wieder ein Handelskursus (Jahreskursus) mit 18 Wochenstunden eingerichtet.

Gründl. Ausbildung. Schulgeld 60 RM pr. Jahr.

Unterrichtsfächer:

1. Handelskunde,
2. Handelsforenpendenz und Kontorarbeiten,
3. Einfache und dopp. Buchführung,
4. Kaufm. Rechnen,
5. Handelsgeographie,
6. Einheitskurzschrift,
7. Maschinenschreiben,
8. Englisch (freiwillig).

Auskunft durch den Unterszeichneten.

Höpfken

Deutsch-christlicher Jugendbund. Donnerstag, 8 Uhr: Nähabend

Blumen- und Gemüse - Sämereien
Pflanzenrörsen, Pflanzbohnen von Ernst & v. Spreckelsen, Hamburg
empfehlen in frischer Ware
J. D. Aug. von Lienen
Verkaufe

2 beste Kulkälber
Wardenburg
Hafenberg

Empfehle zu **Freitag**
frische Seefische
Bestellungen bis **Mittwoch** erbeten
A. Passarge

Sonnabend von 2 Uhr an
frisches Schweinefleisch
Pfund 70 bis 90
Von 4¹⁵ Uhr an bei
W. Schmidt, Timpen.
Vorher. Bestellung erwünscht
Hütte, Lienen

W. W.

Hemdentuch

Treffer

Ia Qualität
Appreturfrei

Meter 68 Pfg.

Th. v. Freeden

ETB

Mittwoch, den 18. d. M.,
20.30 Uhr
Haupt-Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichte
2. Rechnungsablage
3. Voranschlag
4. Wahlen
5. Veranstaltungen
6. Verschiedenes

Der Vorstand

Schicksalswende oder Untergang?

Deffentlicher Vortrag im „Livoli“
Mittwoch, den 18. Februar,
abends 8 Uhr
Redner: **Fran Wenkel, Hamburg**
Unkostenbeitrag 40 Pfg., Erwerbslose frei
Tannenbergbund e. V.
Kampfguppe Berne

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpulver Chlorodont benutzen. Doch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch kann die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnpulver“ ges. C. Guboboa, Frankfurt a. M. Veruchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpulver zu 60 Pfg. Mundwasser Flasche 1 Mark, Zahnbürste 1 Mark. Verlangen Sie aber ein Chlorodont und weisen Sie jeden Erwerb dafür zurück.

C C

Mittwoch, den 18. Februar
Grosser Dielenabend
(4 Musiker)
Es ladet freundlichst ein
R. Peterek

Die Geburt eines
gesunden Jungen
zeigen in dankbarer Freude an
E. Meiners und Frau
Frieda geb. Glüsing
Cuxhaven, 11. Februar 1931
z. Zt. Städtisches Krankenhaus